

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 3. Dezember 2024
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

A 213 Anfrage Bühler-Häfliger Sarah und Mit. über die geplante Schliessung von Poststellen im Kanton Luzern / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Sarah Bühler-Häfliger ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Sarah Bühler-Häfliger: Ich möchte mit Ihnen eine Debatte darüber führen, was die Post in der heutigen Zeit und in Zukunft leisten soll und welches Angebot wir von ihr erwarten. Diese Grundsatzdiskussion vermisse ich in der Antwort des Regierungsrates. Die Schweizerische Post ist ein staatstragendes und systemrelevantes Unternehmen. Das haben wir spätestens während der Corona-Krise erlebt. Natürlich muss der Kanton eine Strategie haben, um auf seinem Gebiet zu definieren, wie das Angebot und die Dienstleistungen der Post sowie die Zusammenarbeit mit den Behörden aussehen sollen. Gerade in einem Krisenfall sind das relevante Faktoren um sicherstellen zu können, dass Logistik, Dienstleistung und die Grundversorgung der Bevölkerung im ganzen Kanton funktionieren. Zudem sind viele Menschen bei der Post angestellt. Auch diesbezüglich hat der Kanton eine Verantwortung. Wie soll die Post in 10 bis 20 Jahren aussehen? Welche Leistungen verlangen wir von ihr? Weiterhin Briefe, Pakete und Finanzdienstleistungen? Wollen wir einen Hausservice, Paketautomaten oder virtuelle Postschalter? Denken wir weiter und sehen die Poststellen als Dienstleistungshubs in den Gemeinden, die noch viel mehr können? Ich denke dabei an Dienstleistungen der Behörden wie Zivilstandsdokumente, Betreuungsauszüge, Bestellung von Ausweisen, Infrastruktur für elektronische Patientendossiers, die mit Postdienstleistungen kombiniert werden können. Oder wäre es sinnvoll, Poststellen mit Dienstleistungen aus dem Onlinehandel zu kombinieren? Zum Beispiel bestellte Kleider direkt in der Poststelle anprobieren und die Verpackung fachgerecht entsorgen? Bei Nichtgefallen könnte das Paket direkt retourniert werden. Ich bin gespannt, was Sie dazu sagen. Die Digitalisierung hat bei der Nachfrage nach reinen Postdienstleistungen tiefgreifende Veränderungen zur Folge. Das zeigt sich nur schon an der Zahl der bedienten Poststellen. 2004 waren es 2430 Schalter, 2023 waren es nur noch 762 und nun werden nochmals 170 abgebaut. Natürlich besteht das Bedürfnis, Dienstleistungen von zu Hause aus zu erledigen. Gleichzeitig besteht aber auch das Bedürfnis nach sozialen Kontakten und lokalen Angeboten. Diese beiden Aspekte unter einen Hut zu bringen ist eine Herausforderung, mit der sich die Post und die einzelnen Gemeinden konfrontiert sehen. Werden öffentliche Dienstleistungen auf der Landschaft abgebaut, bedeutet das weitere Wege und Mehrverkehr und eine Entfremdung im Dorf. Wir verfehlen so auch unsere regionalpolitischen Ziele. Es ist aber nicht so einfach wie es scheint, indem bediente Poststellen in Agenturen umgewandelt werden, die in einem Laden integriert

sind. Nebst dem, dass Postagenturen nur noch einen Bruchteil der Postdienstleistungen anbieten ist es nicht möglich das Angebot auszubauen, so dass komplexe Dienstleistungen integriert werden können. Das ist nicht nur Sache der Gemeinden, sondern der Kanton muss eine Strategie entwickeln, um mit der Post verhandeln zu können. Es gibt Beispiele, um der Bevölkerung den Übergang zu digitalen Dienstleistungen beim Kanton zu erleichtern. So hat sich der Kanton Jura zu einer Zusammenarbeit mit der Post entschieden. Die Erfahrungen werden dem Kanton und der Post dabei helfen, ein neues, zukunftsorientiertes und kundenorientiertes Angebot aufzubauen. Diese Debatte muss bei uns noch geführt werden. Ich glaube, dass uns die Versorgung der Bevölkerung mit diesem wichtigen Angebot die Mühe wert sein darf.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Wir führen mit der Post einen jährlichen Austausch durch. Zudem gibt es entsprechende Gespräche, an denen wir immer wieder informiert werden. Die Zahlen der Post zeigen beim Versand von Briefen einen Einbruch. Deshalb ist es nachvollziehbar, dass das Netz nicht einfach aufrechterhalten werden kann und Poststellen weiterbestehen, die nicht mehr benötigt werden oder nur sehr schlecht besucht sind. Bei uns werden ja keine Poststellen geschlossen, sondern sie werden umgewandelt. In meiner und auch in vielen anderen Gemeinde funktioniert es schon länger sehr gut, dass ein Einkaufsladen auch eine Postagentur ist. Die Öffnungszeiten sind zum Teil sogar länger als bis anhin. Die Angebote sind aber eingeschränkt, diesbezüglich stimme ich Sarah Bühler-Häfliger zu. Schlussendlich ist es Aufgabe des Bundes, die Grundversorgung sicherzustellen. Die Post ist darauf angewiesen schwarze Zahlen zu schreiben. Eine entsprechende Diskussion wird in diesen Tagen auch auf Bundesebene geführt. Auch die Post kann nicht einfach unrentable Poststellen offenhalten, ausser der Staat leistet entsprechende Subventionen. Diese Diskussion läuft aber auf Bundesebene. Des Weiteren verweise ich auf unsere Antwort. Die Post wird mit den betroffenen Luzerner Gemeinden Gespräche führen und nach guten Lösungen suchen. Das hat man uns so versichert. Ich hoffe, dass für die betroffenen Gemeinden passende Lösungen gefunden werden.